

EU-KOMMISSION

## Trostpflaster für die Union

Der deutsche Nato-Botschafter in Brüssel, Joachim Bitterlich, 51, möchte gern Generalsekretär der EU-Kommission und damit Nachfolger des amtierenden Niederländers Carlo Trojan werden. In Brüssel gilt es als wahrscheinlich, dass der designierte Kommissionspräsident Romano Prodi sich nach seiner formellen Wahl im September von Trojan trennen wird, um einen klaren Schnitt zur alten, kollektiv zurückgetretenen Santer-Kommission zu machen. Die Chancen des ehemaligen außenpolitischen Beraters von Bundeskanzler Helmut Kohl, Trojan zu beerben, stehen nicht schlecht. Prodi hat keine Einwände gegen den CDU-Mann. Außenminister Joschka Fischer hatte Bitterlich, nachdem der wenige Monate auf dem Nato-Posten amtierte, überraschend die Absetzung im Rahmen einer größeren Personalrochade angekündigt. Bitterlich lehnte es jedoch ab, Botschafter in Tokio oder Madrid zu werden. Er will in Brüssel bleiben. Der Posten des EU-Generalsekretärs würde zur beruflichen Vita Bitterlichs passen. Zudem sind die Deutschen beim Postenschafer in der EU in letzter Zeit nicht gut bedient worden. Auch die CDU-Mitgliedschaft muss Bitterlich keineswegs



Bitterlich, Kohl

schaden. Durch die Benennung von zwei Koalitionspolitikern als EU-Kommissare hat Bundeskanzler Gerhard Schröder die bei der Europawahl siegreichen Konservativen verprellt. Prodi muss sich seitdem mit dem Vorwurf plagen, seine Kommission sei politisch unausgewogen komponiert. Mit der Bestallung Bitterlichs als EU-Generalsekretär könnte Schröder die CDU/CSU-Mitglieder des Europaparlaments besänftigen und Prodi die Anhörungen im Parlament Anfang September leichter machen.



PKK-Demonstration, inhaftierter Öcalan (r.)

TÜRKEI

## Nationalisten gegen Kurden-Kompromiss

Mit einer neuen Serie antikurdischer Maßnahmen reagiert das nationalistische Establishment Ankaras auf die jüngsten Friedensaufrufe Abdullah Öcalans und die Bereitschaft der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zum Rückzug „hinter die Grenzen“. Dem Abgeordneten Mehmet Fuat Firat von der islamistischen Tugendpartei (FP) wurde vorigen Donnerstag untersagt, Kurdisch als seine dritte Fremdsprache in die Homepage des türkischen Parlaments einzutragen. Das Kurdische sei „keine Sprache, sondern nur ein Dialekt, ein Akzent“, wetterte ein Abgeordneter der ultrarechten Regierungspartei MHP. Auch Harold Koh, Unterstaatssekretär im US-Außenministerium, wird seit Tagen scharf attackiert. Koh hatte vergangene Woche den türkischen Südosten bereist, um die Menschenrechtssituation im Krisengebiet zu prüfen. Der links-nationalistische Politiker Ali Karsilayan empfahl, Koh solle „schleunigst des Landes verwiesen werden“. Die türkischen Sicherheitsbehörden rechnen damit, dass Kader der PKK sich in den kommenden Monaten vermehrt ins europäische Ausland absetzen werden, weil die traditionellen Rückzugsbasen im Nordirak und in Iran keine sichere Zuflucht mehr bieten. Syrien, wo Öcalan bis zu seiner Flucht im vergangenen Oktober sein Hauptquartier hatte, begegnet der PKK inzwischen mit offener Feindseligkeit. Der türkische Generalstab, das Innenministerium und der Geheimdienst MIT erwarten deshalb einen Abzug der PKK-Kämpfer über den griechischen Teil Zyperns in die europäischen Nachbarländer der Türkei, vor allem nach Griechenland und Rumänien.

